

Information zu der Verarbeitung
„von Daten mittels Einsatz-Protokollierungs-System (EPSweb)“
gemäß § 43 Datenschutzgesetz (DSG)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Bundesminister für Inneres
Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon [+43 1 531 26-0](tel:+431531260)
Fax: +43 1 531 26-108613
E-Mail: post@bmi.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon [+43 1 531 26-0](tel:+431531260)
E-Mail: bmi-datenschutzbeauftragter@bmi.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Leitung, Administration und Koordination von sprengelübergreifenden Einsätzen (insbesondere sicherheitspolizeiliche Schwerpunktaktionen oder Fahndungen, bzw. Einsätzen aus ordnungsdienstlichen Anlässen, sowie für den Personen- und Objektschutz und die Erfüllung der "Ersten allgemeinen Hilfeleistungspflicht).

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

§ 53a Abs. 1 und 5 SPG, sowie § 63 SPG.

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Soweit wegen eines sprengelübergreifenden Einsatzes eine gemeinsame Verarbeitung durch mehrere Sicherheitsbehörden erforderlich ist, dürfen Datenanwendungen gemäß § 53 Abs. 1 SPG im Informationsverbundsystem geführt werden. Die Daten sind nach Beendigung und Evaluierung des Einsatzes, längstens jedoch nach einem Jahr zu löschen. Übermittlungen der gemäß Abs. 1 verarbeiteten Daten sind nur zulässig, wenn hierfür eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung besteht (§ 53a Abs. 5 SPG).

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Andere Sicherheitsbehörden gem. § 4 Absatz 1 und 2 SPG iVm §§ 6,7,8 und 9, SPG.
An inländischen Behörden, soweit dies ausdrücklich gesetzlich vorgesehen ist oder für den Empfänger eine wesentliche Voraussetzung zur Wahrnehmung einer ihm gesetzlich übertragenen Aufgabe bildet (§ 56 Abs. 1 Ziffer 2 SPG).
Auftragsverarbeiter iSd § 36 Abs. 2 Z 9 Datenschutzgesetz: Bundesminister für Inneres, IBM Österreich Internationale Büromaschinen Gesellschaft m.b.H.; Microsoft Österreich GmbH; Bundesrechenzentrum GmbH.

Rechte der betroffenen Person:

Bundesministerium Inneres

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 32 Abs. 1 Z 4 DSGVO.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des § 44 Datenschutzgesetz.

Das Recht auf Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten und auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des § 45 Datenschutzgesetz.